

ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 82

WEITERE THEMEN IN DIESER
AUSGABE:

Westtangente B 15	2
Solarförderung	2
Kopfpauschale	3
Persönlich gesehen	4

Fakten zur Debatte

Kriegen Geringverdiener weniger als Hartz IV-Empfänger, wie Westerwelle sagt? Geringverdiener haben selbst bei niedrigen Stundenlöhnen laut einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zwischen 260 und 900 € mehr als Hartz-IV-Empfänger, was auch an Sozialleistungen wie Wohngeld & Kinderzuschlag liegt.

Brauchen wir Sanktionen gegen Arbeitsunwillige, wie es FDP und CSU fordern? Die gibt es. Wer gegen Meldepflichten verstößt, muss mit der Kürzung um 10% für 3 Monate rechnen (bei Wiederholung 20%). Wenn die Eingliederungsvereinbarung nicht eingehalten wird (Weiterbildung oder zumutbare Arbeit abgelehnt wird), kann der Regelsatz um 30%, beim 2. Verstoß um 60% und beim 3. um 100% gekürzt werden. Für Unter-25-Jährige kann die komplette Kürzung beim 1. Verstoß erfolgen.

Gibt es Sanktionen nur in unionsreglierten Ländern, wie es die CSU behauptet? Nein. Zuletzt gab es bundesweit bei 124.000 Arbeitslosengeld II-Empfängern Sanktionen (2,5%). Die meisten in Bayern (3,2%) und dem SPD-regierten Rheinland-Pfalz (3,1%), die geringsten nicht etwa im von SPD und Linkspartei regierten Berlin (2,8%) sondern im schwarz-gelb regierten Sachsen (2,0%).

Spätromische Dekadenz?

Die in den Umfragen abgestürzte „Mövenpick-Partei“, früher als FDP bekannt, sucht in einer Debatte über das Arbeitslosengeld II nun ihr Glück mit Diffamierung Arbeitsloser. Vizekanzler Westerwelle tut dabei so, als sei er weiter in der Opposition und verschweigt, was er konkret ändern will. Klar ist bisher nur: Es drohen ein finanzieller Kahlschlag bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und damit schlechtere Chancen für Arbeitslose.

CSU, CDU & FDP haben die Debatte mit falschen Behauptungen geprägt. Das ist niederträchtig gegenüber allen unfreiwillig Arbeitslosen. Aus falschen Behauptungen können nur falsche Lösungen kommen. Ob es überhaupt um Lösungen geht, darf bezweifelt werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Schwarz-Gelb jetzt **900 Mio. € im Bereich der Arbeitsmarktpolitik gesperrt** hat. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit führt dies dazu, dass in über 100 JobCentern in Deutschland in der zweiten Hälfte des Jahres keine aktive Arbeitsmarktpolitik mehr möglich ist!

Schwarz-Gelb will die Chancen für Arbeitslose verschlechtern und dafür sorgen, dass sich Arbeit nicht lohnt. Denn einen gesetzlichen Mindestlohn, um den Wettbewerb für die geringsten Löhne zu stoppen, lehnen CSU, CDU und FDP weiter ab. Dabei könnte der Mindestlohn - entlastend für die Steuerzahler - dafür sorgen, dass auch Geringverdiener besser dastehen und mehr Netto haben.

Stattdessen will Schwarz-Gelb das Modell Arbeitslosengeld II + Zuverdienst ausbauen, wodurch sich reguläre Beschäftigung eher weniger lohnt. Hier droht die Ausweitung des Modells, dass Dumpinglöhne hingenommen werden und der Staat den Rest zur Sicherung des Lebensunterhalts zuschießt. Also eine milliarden schwere Subvention für Arbeitgeber, die Dumpinglöhne zahlen und so auch Wettbewerbsvorteile gegenüber mittelständischen Betrieben erhalten, die faire Löhne zahlen.

Wir müssen mit massiven Kürzungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik rechnen, zur **Gegenfinanzierung** unsinniger Steuerpolitik. Schwarz-Gelb könnte z.B. die Entlastung der Hotels (1 Mrd. €) mit den Kürzungen der Arbeitsmarktpolitik (900 Mio. €) gegenfinanzieren.

B 15: Wie geht es weiter?

In den Medien hatte Bundesverkehrsminister **Peter Ramsauer (CSU)** gesagt, den „schnellstmöglichen Bau-beginn“ für die Rosenheimer Westtangente (B 15) zu unterstützen. Das wollte ich lieber schriftlich und habe beim Ministerium offiziell nachgefragt. Die Antwort klingt leider nicht nach „schnellstmöglich“.

Das Ministerium legt sich nicht fest, ob es den von mir und der Stadt geforderten **gleichzeitigen Baubeginn**

von beiden geplanten Bauabschnitten als auch die mittlerweile höheren Kosten für den Bau finanziert.

Ein Bekenntnis zur Westtangente verweigert das Ministerium. Die Finanzierung der Tangente nach 2010 sei lediglich **„In Abhängigkeit der künftigen Finanzierungsmöglichkeiten“** gesichert und die Finanzierung stehe in **„Konkurrenz“** zu anderen baureifen Maßnahmen in Bayern. **Fazit: Die CSU lässt die Region im Stich!**

Kürzung für Soziale Stadt

Anders als kürzlich von Daniela Raab (CSU) vor Ort angekündigt, soll es nun doch keine Erhöhung für das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“ geben. Stattdessen werden die Mittel auf Wunsch von CSU, CDU und FDP um 20 Mio. Euro gegenüber der bisherigen Haushaltsplanung gekürzt. Das von Rot-Grün eingeführte Programm, das auch in **Rosenheim, Kolbermoor** und seit kurzem in **Raubling** erfolgreich ist, wird damit leider massiv geschwächt.

Jetzt anmelden für Berlinfahrt!



4 Tage die Hauptstadt und ihre politischen Einrichtungen kennenlernen, können Genossinnen und Genossen sowie politisch Interessierte, die bisher noch nie bei einer solchen Fahrt dabei waren. **Die Kosten für die Fahrt, das Hotel und die Verpflegung werden übernommen.** Es kommen nur Kosten für Eintritte, Trinkgelder etc. auf die Teilnehmer zu (ca. 20 bis 30 € je nach Programm) sowie für private Ausgaben. Anmelden kann man sich in meinem Bürgerbüro persönlich oder schriftlich (Am Nörreut 19, 83022 Rosenheim), telefonisch unter 08031-98230 oder per E-Mail unter angelika.graf@wk.bundestag.de

Holger Ortel MdB zu Gast in Prien



Holger Ortel MdB, fischereipolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion war auf meine Einladung hin zu Gast bei der Frühjahrsversammlung des **Rosenheimer Krelsfischereiverelns** und traf sich in Prien mit der **Fischereigenossenschaft Chiemsee**. Mit dabei zur Besichtigung der Fischbrutanstalt am Chiemsee bzw. zum politischen Gespräch waren auch **Marla Nolchi MdL** und **Marie-Luise Ganter**, stellvertretende Vorsitzende der SPD Prien.

Schwarz-Gelb: Ausstieg aus Erneuerbarer Energie

Nun ist es amtlich: Schwarz-Gelb will die **Förderung für Erneuerbare Energie zusammenstreichen** und wieder voll auf die **Atomkraft** setzen, die mithilfe von Milliardensubventionen durch die Steuerzahler zu einer prima Einnahmequelle für die Atomgiganten geworden ist. Dabei ist das Risiko der Atomkraft weiter immens und niemand weiß, vor wessen Haustür der Jahrtausende strahlende Atommüll später ausgekippt werden soll.

Konkret wollen CSU, CDU und FDP die Solarförderung ab Juli **um zusätzlich 16 Prozent kürzen**, angeblich, um eine Überförderung zu vermeiden. Tatsächlich erfolgte aber deswegen bereits Anfang des Jahres eine Kürzung von 10%, 2011 folgt eine weitere Kürzung um 10%. Die 16%-Kürzung ab Juli kommt jetzt völlig willkürlich dazu, sorgt für Planungsunsicherheit, schadet dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energie und gefährdet unsere Position als Weltmarktführer in der Wachstumsbranche. **Auch die zahlreichen Anbleter und das Handwerk in Stadt und Landkreis Rosenheim werden beschädigt!**

Gesundheitspolitik: Schwarz-Gelb will unsoziale Kopfpauschale

Mit der Einführung von Kopfpauschalen planen CSU, CDU und FDP eine massive Veränderung des Gesundheitswesens zu Lasten der Versicherten. Das einzige Ziel: Entlastung von hohen Einkommen und Arbeitgebern. Dafür sollen im Gegenzug Millionen von Versicherten in einem bürokratischen „Sozialausgleich“ um staatliche Zuschüsse betteln müssen, um die neuen Prämien bezahlen zu können. Für diesen „Sozialausgleich“ werden bei einer kompletten Umstellung auf Kopfpauschalen **35 Mrd. Euro an zusätzlichen Steuergeldern nötig.** Sparanstrengungen z.B. zu Lasten der Pharmaindustrie oder bessere Leistungen sind mit der Kopfpauschale nicht verbunden.

Schwarz-Gelb sagt nicht, wie der „Sozialausgleich“ finanziert werden soll. Vor dem Hintergrund der Rekordverschuldung ist klar, dass früher oder später Steuererhöhungen hierfür notwendig wären - zumindest, wenn alle Krankenkassenleistungen erhalten bleiben sollen.

Am Ende stünden Steuererhöhungen für kleine und mittlere Einkommen, z.B. durch eine **Mehrwertsteuererhöhung** oder einen **„Solidarbeitrag Gesundheit“** auf die Einkommenssteuer. Klar ist, dass Schwarz-Gelb keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes machen wird - das würde auch nicht reichen, denn der **Spitzensteuersatz** müsste dazu auf **70%** steigen. Die Alternative dazu sind **Leistungskürzungen**, wie die Abschaffung der beitragsfreien Familienversicherung. Diejenigen, die Mittel aus dem „Sozialausgleich“ erhalten, werden den Ausgleich selbst bezahlen müssen. Und wofür? Um hohe Einkommen zu „entlasten“!

Das Argument der Befürworter, ein sozialer Ausgleich durch Steuermittel mit der Kopfpauschale sei gerechter als der bestehende Ausgleich, ist Unsinn. Wenn es darum ginge, hohe Einkommen stärker zu beteiligen, könnte man ohnehin einfach mehr Steuermittel ins System bringen, dazu braucht man keine Kopfpauschale.

Derweil macht Schwarz-Gelb nichts, um die Kosten in den Griff zu kriegen. Im Gegenteil: Bei neuen Arzneimitteln sollen künftig nicht mehr allein Wirksamkeit und Kosten beurteilt werden, sondern auch wirtschaftliche Interessen der Pharmalobby. Der pharmakritische Chef des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) erhielt bereits seine Kündigung.

Ein doppeltes Spiel treibt wieder die CSU: Vor der Wahl war sie gegen Kopfpauschalen, nach der Wahl hat sie ihnen im Koalitionsvertrag zugestimmt, jetzt ist sie erneut dagegen...

Was ist ein Sozialausgleich?

Bei einer Einführung von hohen Kopfpauschalen könnten sich kleine Einkommen **keine Krankenversicherung mehr leisten** und sollen deswegen einen „Sozialausgleich“ aus Steuergeldern erhalten.

Der „Sozialausgleich“ würde viele Arbeitnehmer und fast alle Rentner zu Bittstellern gegenüber dem Staat machen. Eine Folge wäre **massiv neue Bürokratie mit Einkommensprüfungen, Anträgen, Klagen.** Sozialleistungen - wie der „Sozialausgleich“ - können zudem **jederzeit gekürzt werden.**

Der Ausgleich wird zwar zunächst so hoch sein, dass niemand mehr zahlen muss als vorher, um größere Proteste zu vermeiden. Wenn sich die Menschen daran gewöhnt haben, wird Schwarz-Gelb ihn **schrittweise wieder zusammenstreichen.** Das Argument wird dann sein, dass der „ausufernde Sozialstaat“ gestutzt werden müsse, um Schulden abzubauen oder Steuern senken zu können.

Was ist eine Kopfpauschale?

Bisher hängen die Krankenkassenbeiträge vom Einkommen ab. Wer viel verdient, zahlt höhere Beiträge als jemand der wenig verdient. **Bei der Kopfpauschale wird von Jedem der gleiche Beitrag gezahlt.** Denkbare Modelle sind eine bundesweit einheitliche Kopfpauschale für alle gesetzlich Versicherten oder - das ist wahrscheinlicher - jeweils **eine Kopfpauschale pro Krankenkasse.** Kassen mit höheren Kosten durch viele alte und kranke Mitglieder müssten dann höhere Pauschalen verlangen. **Privat Versicherte sollen nicht einbezogen werden.**

Wer profitiert?

Für kleine Einkommen steigt der Krankenkassenbeitrag durch die Kopfpauschale, für hohe Einkommen sinkt er. **Es profitieren ausschließlich hohe Einkommen & Arbeitgeber.**

Ist das neue System solidarischer?

Nein. Der Arbeitgeberbeitrag soll eingefroren werden. Ausgabensteigerungen durch medizinischen Fortschritt und die älter werdende Gesellschaft sollen nach dem Willen von Schwarz-Gelb **nicht mehr solidarisch** durch Arbeitgeber und Versicherte sondern allein von den Versicherten finanziert werden.

Impressum:

Bürgerbüro
Angelika Graf MdB
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Telefon: 08031-98230
Fax: 08031-299023
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro
Angelika Graf MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 77313
Fax: 030-227 76792
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:
Angelika Graf

SPD

Persönlich gesehen...

Liebe Genossinnen und Genossen, CSU, CDU und FDP machen in Berlin weiterhin nichts anderes, als sich gegenseitig zu zerfleischen. Einzige Aktivität der neuen Bundesregierung ist die **Selbstbedienung. 1.000 neue Stellen sollen in den Ministerien geschaffen werden. Dirk Niebel (FDP)** verschafft laut Medienberichten seinen alten Kumpels unabhängig von Qualifikation Posten im Entwicklungsministerium, **Peter Ramsauer (CSU)** gründete laut „Spiegel“ eine Leitungsabteilung, in deren zwei Unterabteilungen er Personal aus seinem Abgeordnetenbüro und vom Bayerischen Rundfunk beförderte. Zwei Referatsleiter, darunter Ramsauers persönliche Referentin, haben aber laut Spiegel gar nichts zu leiten - sie sind allein in ihrem Referat. Auch die von der FDP im „**liberalen Sparbuch**“ vor der Bundestagswahl versprochene Kürzung der Staatssekretärstellen ist vom Tisch - stattdessen wurde die Zahl der Staatssekretäre erhöht! Statt „Mehr Netto vom Brutto“ gibt es „Mehr Posten auf Kosten der Steuerzahler“. So sehen also Bürokratieabbau und schlanker Staat in der Praxis bei CSU, CDU & FDP aus! Was **Angela Merkel** so macht, weiß dagegen niemand so genau. Ab und zu ruft sie eine neue Kommission ins Leben oder hat mal wieder einen schönen Fototermin. Sie scheint zu glauben, sie wäre nicht Bundeskanzlerin sondern Bundespräsidentin.

Erschreckend ist, dass Schwarz-Gelb **Inhaltlich völlig leer** ist. Vom zentralen Thema von Schwarz-Gelb vor der Bundestagswahl - massive Steuersenkungen - hört man schon lange nichts mehr. Schwarz-Gelb will **bis zur Steuerschätzung im Mai warten, um darüber zu sprechen.** Die Experten sagen aber, dass darin keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind. Entweder will Frau Merkel also die Wähler vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai nicht mit Hiobsbotschaften erschrecken oder sie hofft, dass die Wahl verloren geht und Schwarz-Gelb die Bundesratsmehrheit verliert. Dann kann sie nämlich heucheln, dass sie gerne Steuern senken würde, aber „leider“ der Bundesrat blockiere. Damit könnte sie das einzige Wahlversprechen von CDU/CSU brechen, ohne zugeben zu müssen, dass das von Anfang an nicht finanzierbar war und **Schwarz-Gelb die Wählerinnen und Wähler vor der Wahl an der Nase herumgeführt hat.**

Angesichts steigender Beiträge für Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung steht aber sowieso fest, dass man schon Millionenerbe sein muss, um „Mehr Netto vom Brutto“ von dieser schwarz-gelben Bundesregierung zu kriegen - für die Entlastung der Erben musste Schwarz-Gelb jedenfalls nicht die Steuerschätzung abwarten...

Eure Angelika

MEINE WICHTIGSTEN TERMINE IM MÄRZ, APRIL & MAI 2010

15.03.bis 19.03.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
19.03. 19.00	DGB zur Finanzkrise, Saal der AWO, Ebersberger Str. 8, Rosenheim
20.03. 10.00	20 Jahre Zusammenschluss OV's Westerndorf & Erlenau
20.03. 10.00	Schluss-Sitzung AG Strategie BayernSPD, München
22.03.bis 27.03.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
31.03. 19.30	Abendveranstaltung im neuen Betreuungswahlkreis, Oberhaching
06.04.bis 16.04.	Dienstreise Menschenrechte (Afghanistan)
18.04. 10.00	Standbetreuung und Besuch bei der Seniorenmesse 66, München
18.04.bis 19.04.	Klausur der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag, Berlin
19.04.bis 23.04.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
29.04. 20.00	Kreisdelegiertenkonferenz in Wasserburg
30.04. 10.45	Landesvorstand AG 60 plus in Nürnberg
30.04. 18.00	Jahreshauptversammlung Gesicht zeigen
03.05.bis 07.05.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin